

# KONFESSIONELLE GEGENSÄTZE IM 18. JAHRHUNDERT IN DER STADT DEBRECEN\*

Klára PAPP

*Ein analytischer Ansatz zur geschichtswissenschaftlichen Auseinandersetzung  
mit gesellschaftlichen Entwicklungen*

*Herr! Zutiefst erbittert sind wir in unser'm Herzen:  
Unser Glauben wird nicht vom heidnischen Volke bedroht,  
Uns steh'n nun diejenigen entgegen,  
die auch uns'ren Gott fürchten und uns'rem Könige gehorchen.  
(István Szathmári Paksi)<sup>1</sup>*

## **Grievances of Religion in the 18th Century Debrecen**

*Debrecen got first into conflict with the leaders of the Catholic Church after gaining the Free Royal City title (1693). During the parliament of 1712 – 1715, both the legate of the chapter of Várad and Imre Csáky, the Bishop of Várad considered the possibility of the moving in of the Catholics and the building and running a Catholic church and school as the prerequisite of winning the title of Free Royal City. Based on the effective assistance provided by bishop Imre Csáky, the building of the church and the management of the school was taken over by Piarists. The Catholic church was built by 1746 and was sanctified by bishop Miklós Csáky. As the monarch, Maria Theresa caused harm to the Reformed population in several fields. She banned the financial aid of the Reformed Church, the press, and the College, she limited, and during*

\* Dieser Beitrag entstand mit der finanziellen Unterstützung des Projekts EFOP-3.6.1-16-2016-00022. Das Projekt wird durch die Europäische Union unterstützt und durch den Europäischen Sozialfonds gefördert. Der Beitrag wurde außerdem im Rahmen des Forschungsprojekts NKFI K 120 197 fertiggestellt.

<sup>1</sup> Die ersten vier Zeilen eines Gedichts von István Szathmári Paksi (1719 – 1791), Titel des Gedichts ist *Sion siralma, avagy a Magyarországon lévő és sinlő, helvetica confessióhoz kötött ekkleziáknak alázatos és bizodalmas instántziája...* (1751/1875). Debrecen : Margitai, 1751. Hrsg. von I. Révész. In *Magyar Protestáns Egyházi és Iskolai Figyelmező*, 1875, Nr. 4, S. 183 – 196. Über Szathmári Paksi wurde folgende Beschreibung überliefert: „Er war nicht groß gewachsen, konnte sich jedoch hervorragend durchsetzen, war wortgewandt und fromm. Er setzte sich für seine Schüler ein und unterhielt sich gerne mit ihnen, aber konnte dabei stets Respekt bewahren. Ein offener, sachkundiger, guter Mensch – ein guter Lehrer, berühmter Prediger, gefeierter Dichter. Er war bei seinen Schülern beliebt, wurde aber auch gefürchtet und ein Leben lang hochgeschätzt.“ TÓTH, F. A *'helvétizai vallástételt követő túl a' tiszai superintendenciában: élt reformatus püspökök élete e jelen való időkig lehozva* [online]. Budapest, 1812 [zit. 2018-06-07]. <https://book.google.hu/books?id=dkFtqMwj2wQC>. (Im Folgenden: TÓTH, F. 1812) S. 195.

*the Seven Years' War, banned the students from attending foreign universities which she also connected to the possession of a passport. Although only 3,4% of the city's population comprised Catholics, by 1776 she achieved that half of the 12-member council be appointed without election as Catholic members of the council. Besides appointing the Chief Justice (the only remaining right of whom was jurisdiction), she ordered the election of the mayor responsible for finance and administration, and one of these two leaders had to be Catholic. During the reign of Joseph II, favourable opportunities opened for the representation of Protestant interests based on the tolerance regulation, and this tendency continued with the publication of the 26th law Article of 1791. During the parliamentary sessions, the Calvinists of Debrecen and its neighbourhood played a serious role in the law debate. The above situation demonstrates that by the end of the century, the problems and grievances of the inhabitants of Debrecen became important ingredients of the country-wide conflicts of Calvinists and Lutherans.*

**Key words:** Debrecen, Calvinists, Catholics, conflicts, 18th Century.

Bei einer wissenschaftlichen Tagung, die zur Erinnerung an die Rückkehr der Katholiken nach Debrecen veranstaltet wurde, beschrieb der ungarische Historiker János Barta die Kirchenpolitik des Hauses Habsburg unter Rückgriff auf Antal Molnár mit folgenden Worten: „Im Gegensatz zu mehreren europäischen Ländern gelang es den Habsburgern nicht, in Ungarn eine solche Nationalkirche auszubauen, wie sie in England, in den deutschen Fürstentümern und Grafschaften oder in den skandinavischen Staaten entstand. Gleichzeitig gelang es der katholischen Kirche auch nicht ihre Hegemonie langfristig zu sichern (im Gegensatz zu Spanien oder Polen) – weder Anfang, noch in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts...<sup>2</sup> Eine katholische Mehrheit in Ungarn wäre Ende des 18. Jahrhunderts nur dann anzunehmen, wenn man die griechisch-katholischen Gläubigen auch als Katholiken betrachtet. Die Katholiken, die ihre Messen in lateinischer Sprache feierten (Ungarn, Kroatien, Slowaken, Slowenen, Deutsche), machten am Ende des genannten Jahrhunderts 49%, d.h. immer noch nur weniger als die Hälfte der Gesamtbevölkerung aus, wobei in den Ländern der Heiligen Stephanskronen damals 10 Millionen lebten. Der Anteil der griechisch-katholischen Einwohner lag bei 6% (vorwiegend Ruthenen und wenige Rumänen). Der Anteil der weiteren Konfessionen sah wie folgt aus: 14% reformierte (calvinistische) (Ungarn), 9% evangelische (Deutsche, Slowaken, Ungarn), 21% orthodoxe (Serben, Rumänen) und 1% jüdische Einwohner.“<sup>3</sup> Die Stadt Debrecen war beinahe anderthalb Jahrhunderte lang protestantisch

<sup>2</sup> MOLNÁR, A. Keresztény egyházak (1526 – 1699). In *Magyar Kódex 3. Szultán és császár birodalmában. Magyarország művelődéstörténete 1526 – 1790*. Hrsg. von J. Szentpéteri. Budapest, 2000, S. 210. Zitiert nach: ifj. BARTA, J. Felekezeti állapotok Magyarországon a 18. század elején. In *Katolikus újjászületés Debrecenben. (Speculum Historiae Debreceniense, 23)* Hrsg. von I. Orosz, – K. Papp. Debrecen, 2015, S. 48 – 49.

<sup>3</sup> Ebd., S. 315.

geprägt und erst als die Stadt zur Königlichen Freistadt erklärt wurde (1693), kam es dazu, dass die Stadt Beziehungen zur katholischen Kirche und deren Amtsträgern ausbaute, wobei diese Entwicklung auch zahlreiche Konflikte mit sich brachte. In der Stadt setzen sich die calvinistischen Glaubenssätze – ebenso wie in dem nicht weit entfernten Großwardein (ungarisch: Nagyvárad/ Várad, heute Oradea in Rumänien) – in der Frühen Neuzeit durch. Nachdem der Prediger Péter Méliusz Juhász 1561 auf dem Kirchtag von Großwardein zum Superintendenten gewählt worden war, entwickelte sich die Stadt zum wichtigen Zentrum der reformierten/calvinistischen Konfession: So entstand hierzulande das Debrecen-Egertaler Glaubensbekenntnis und hier wurde 1567 das Zweite Helvetische Glaubensbekenntnis angenommen. In Anlehnung an die Druckereiwerkstatt des evangelischen Predigers Gál Huszár wurde ebenfalls in dieser Stadt eine städtische Druckerei gegründet, die heute schon seit mehr als 450 Jahren besteht. Debrecen wurde außerdem für sein erfolgreiches Kollegium bekannt.

Im Krieg gegen das Osmanische Reich wandten sich die Adligen des Komitats Bihar 1688 an Kaiser Leopold, als sie sahen, dass das Fürstentum Siebenbürgen seine Souveränität zu verlieren begann. Die Adligen baten um Unterstützung, so wurde der Bischof von Großwardein Ágoston Benkovich zum Vize-Gespann ernannt. Im Hintergrund dieser Entscheidung stand, dass das Komitat im Krieg gegen das Osmanische Reich nicht zum Fürstentum Siebenbürgen, sondern zum Ungarischen Königreich gehören wollte. 1694 erlangten das katholische Bistum und das Domkapitel von Großwardein ihre Güter vom Wiener Hof zurück und anschließend wurde die Verwaltung dieser Güter neu gestaltet, wodurch der Katholizismus in der Region gestärkt wurde. Dies war im Sinne des Wiener Hofes und entsprach auch dem Vorhaben, das über die Einrichtung vorgelegt wurde. Gemeint ist damit insbesondere das 1688 bekannt gewordene „Einrichtungswerk...“, das von einer Kommission unter Leitung von Leopold von Kollonich am Wiener Hof erarbeitet wurde und in dem ein umfangreiches Kapitel die Stärkung der katholischen Kirche vorsah.

Bereits 1693 bestand Benkovich darauf, dass in Debrecen die Stadtbürger, die in ihren Gärten Obst anbauten, dem Bischof Kirchenzehnt zahlen, d. h. von ihnen wurde erwartet, dass sie das Zehntrecht des katholischen Bischofs anerkennen. Dieser Anspruch galt jedoch nicht nur für die Erträge der Gärten, sondern auch für die Erträge der Felder der Stadtbürger. Ein Beispiel: Der siebenbürgische Fürst Ferenc Rhédey übertrug 1666 dem Reformierten Kollegium von Debrecen das Zehntrecht in der Gemeinde Szentimre, aber dem Kollegium wurde dieses Recht später entzogen und erst 1703 erlangte das Kollegium dieses Recht vom Fürsten Franz Rákóczi II. mit dem Hinweis zurück, dass die Stadtbürger keineswegs versäumen,

„zugunsten des Kollegiums von ihrem Recht Gebrauch zu machen“. Nach 1711 erhielt jedoch das Bistum wieder das Zehntrecht, das sich auf den von den Weinbauern in Szentimre gekelterten Wein bezog.<sup>4</sup>

Als die Stände im Landtag zwischen 1712 – 1715 über die gesetzliche Anerkennung von Debrecen als Königliche Freistadt diskutierten, forderten sowohl der Gesandte des Domkapitels von Großwardein als auch der Bischof von Großwardein Imre Csáky, dass sich die Stadt verpflichtet, Katholiken eine Zuzugsgenehmigung zu erteilen und die Einrichtungen der katholischen Kirche – das heißt Errichtung und Aufrechterhaltung einer katholischen Kirche und Schule in der Stadt – zu unterstützen. So hieß es, dass die Gesandten der Stadt erst dann zum Landtag zugelassen werden, wenn diese Voraussetzungen erfüllt werden. Die Stadt war gezwungen, die Voraussetzungen anzuerkennen. In dem Gesetzartikel, der schließlich verabschiedet wurde, wurde der Stadt zwar das Mitsprecherecht im Landtag gewährt, aber auch diese Voraussetzungen wurden verankert. In diesem Sinne stellte der Gesetzartikel Nr. 108 vom 25. April 1715 weder für die Stadtverwaltung noch für die reformierten Stadtbürger einen Kompromiss dar. Diese Bestimmungen führten nicht zu einem friedlichen Ende der konfessionellen Gegensätze, sondern der Rechtsakt sorgte stattdessen für immer neuer Konflikte.

Schon im September 1716 wurde beschlossen, dass die katholische Kirche an der heutigen Kreuzung der Szent Anna Straße und Varga Straße errichtet werden soll. Gleichzeitig ernannte der Bischof von Großwardein István Keczer zum ersten Pfarrer. Keczer wurden zwei Häuser zur Verfügung gestellt, in dem einen wurden damals die Messen für die Gläubigen aus den umliegenden Dörfern und Kleinstädten gefeiert. (Zu dieser Zeit gab es nämlich in der Stadt keine Katholiken bis auf den Dreißigstbeamten.) Nachdem der Piaristenmönch Elek Szlopnyai in der Stadt angekommen war und die organisatorischen Aufgaben übernommen hatte, konnte auch die katholische Schule (mit 22 Schülern) eingerichtet werden.<sup>5</sup> Die Piaristen übernahmen ab 1721 sämtliche Aufgaben in Zusammenhang mit dem Kirchenbau und

---

<sup>4</sup> Archiv des Reformierten Kirchenbezirks Jenseits der Theiß und Archiv des Kollegiums Debrecen (im Folgenden: TtREL), II.22.a Schriften aus dem Reformierten Kollegium Debrecen. Unterlagen und Schriftverkehr der Stiftungen des Kollegiums aus dem Zeitraum 1615–1944, 13. (Rhédei-Schriften). Zitiert nach: *A Debreceni Református Kollégium története* [online]. Hrsg. von J. Barcza. Budapest, 1988 [zit. 2018-07-06]. (im Folgenden: BARCZA, J. 1988), S. 72, Anm. 29. <http://digit.drk.hu/?m=lib&book=2&p=4>.

<sup>5</sup> Die Anzahl der Schüler in der Piaristenschule stieg im Zeitraum 1736 – 1737 auf 103, was der Tätigkeit des adeligen Konvikts (Koháry) zu verdanken war. Das Konvikt wurde jedoch unter der Regierungszeit von Joseph II. aufgelöst und die Anzahl der Schüler sank auf 38. *Debrecen katolikus múltja és jelene* [online]. Hrsg. von LISZT S., SÜMEGHY, J. Debrecen, 1930, S. 47 [zit. 2018-07-06]. [http://pkk.piaris-ta.hu/system/files/field/edokumentum/2016/liszt-sumeghy\\_-\\_debrecen\\_katolikus\\_multja\\_es\\_jelene.pdf](http://pkk.piaris-ta.hu/system/files/field/edokumentum/2016/liszt-sumeghy_-_debrecen_katolikus_multja_es_jelene.pdf).

der Schule. Diese Entwicklung war dem Bischof Imre Csáky zu verdanken, der (vor allem ab 1719) die Piaristen tatkräftig unterstützte. Die katholische Kirche wurde 1746 fertiggestellt und die Messe zur Kirchweihe wurde ebenfalls vom Bischof von Großwardein, Imre Csáky, zelebriert. In dem Gesetzartikel Nr. 108 vom Jahr 1715 wurde vorgesehen, dass die Stadt Franziskaner aufnimmt, die 1552 die Stadt verlassen hatten müssen. Der Orden stellte 1716 einen Antrag auf die Genehmigung einer Ordensniederlassung und erhielt am Ende der Miklós Straße, d.h. am Stadttor ein Grundstück von der Stadtverwaltung. Das war jedoch nicht das Grundstück, auf dem sich das frühere Kloster der Franziskaner befand, das ursprünglich im Stadtzentrum, am Anfang der Csapó Straße stand.<sup>6</sup>

Die ersten Jesuiten kamen 1730 in die Stadt, als der Bischof von Großwardein ihnen die Genehmigung erteilte, Missionstätigkeit in dem Kirchenbezirk auszuführen. Selbstverständlich nahm die Stadt auch diese Genehmigung wieder als einen Eingriff in die städtischen Angelegenheiten wahr und war dementsprechend bemüht, die Tätigkeiten der Jesuiten zu beschränken. In dem Kirchenbuch der Piaristen wurde die Abschrift eines Briefes überliefert, in dem der Vikar von Großwardein, Mihály Kébell, die Piaristen darum bat, die Missionare der Jesuiten in ihrem Ordenshaus aufzunehmen und ihre Arbeit zu unterstützen.<sup>7</sup> Die zwei Mönche hielten in der Stadt keine Prozession ab, obwohl das damals üblich war. Die Heiligen Messen in der katholischen Kirche wurden jeweils von ungefähr 100 Stadtbürgern besucht, aber kalvinistischen/reformierten Stadtbürgern wurde die Teilnahme verboten: „Das Magistrat verhängte eine hohe Strafe von zwölf Forint für all jene Protestanten, die sich katholische Predigten anhören oder mit der Missionstätigkeit in anderer Weise in Berührung kommen.“<sup>8</sup>

Im Gegensatz zu diesem Vorfall zeigten die Stadtoberhäupter weniger Widerstand, als die Jesuiten 1753, unter der Amtszeit des Bischofs Pál Forgách, dem Stadtrichter im Rahmen einer feierlichen Veranstaltung die Urkunde vorlegten, mit der die Königin 1744 ihre Missionstätigkeit genehmigt hatte. Vom Stadtrat nahmen sechs Vertreter an diesem Ereignis teil und vom Reformierten Kollegium Debrecen waren ebenfalls einige Schüler anwesend, die sich später vor dem Gericht des Kollegiums dafür verantworten mussten, dass sie bei der genannten Veranstaltung keine Togen getragen hatten. Als Ergebnis der Missionstätigkeit konvertierten „acht Calvinisten, ein Lutheraner und ein Apostat“ zum Katholizismus.<sup>9</sup> Angeregt

---

<sup>6</sup> Ebd., S. 17, 19.

<sup>7</sup> SZÁRAZ, O. Jezsuita népmissziók a váradi egyházmegyében a 18. században. In *Katolikus újjászületés Debrecenben. (Speculum Historiae Debreceniense 23.)* Hrsg. von Orosz, I., Papp, K. Debrecen, 2015, S. 56.

<sup>8</sup> Geschichte des Ordenshauses, S. ebd. S. 57.

<sup>9</sup> Ebd., S. 63., sowie TtREL Schriften aus dem Reformierten Kollegium Debrecen. Acta Sedes Scholasti-

durch die anfänglichen Erfolge wollten die Jesuiten 1755 auch ein Missionshaus in der Stadt einrichten, aber dieser Versuch scheiterte. Die Jesuiten wollten zu diesem Zweck die städtische Liegenschaft des Pfarrers der Gemeinde Tarcál erwerben, wie aus den Forschungsarbeiten der ungarischen Wissenschaftlerin Orsolya Száraz hervorgeht. Ferenc Kucsma, der Domherr von Eger/Erlau versprach zwar dem Stadtrichter in einem Schreiben, die Schulden am Grundstück zu übernehmen und am Wiener Hof einen Antrag auf die Errichtung des Missionshauses zu stellen. Die Stadt nahm jedoch ihr Vorkaufsrecht an dem Grundstück wahr und vereitelte die Absicht.<sup>10</sup>

Die Errichtung der St.-Annen-Kirche (ung.: Szent Anna-templom), in deren Gruft auch der 1732 verstorbene Bischof Imre Csáky bestattet wurde<sup>11</sup>, hatte nicht eindeutig und nicht sofort zum Ergebnis, dass es in der Stadt mehr Katholiken gab. Die neue Kirche und die Missionstätigkeit führten diesbezüglich zu keinem deutlichen Anstieg, was auch mit den Maßnahmen der Stadtverwaltung zu begründen war. Bis zur Mitte des Jahrhunderts zeugen zahlreiche Maßnahmen davon, dass die Stadt dem Katholizismus eher feindselig begegnete: Das Magistrat erteilte Katholiken, die sich in der Stadt niederlassen wollten, keine Genehmigung, ein Haus zu kaufen. Weiterhin gewährte die Stadt Katholiken kein Bürgerrecht, katholische Meister wurden in die Zünfte nicht aufgenommen, die katholischen Schulen, die in der Stadt gegründet wurden, erhielten auch keine Unterstützung.

Die Anzahl der Schüler in der Piaristenschule stieg nur deswegen, weil die Adelsfamilien außerhalb der Stadt Interesse für die Schule zeigten. Sándor Károlyi suchte die „hochwürdigen Piaristen der Stadt Debrecen“<sup>12</sup> im April 1729 auf persönlichen Wunsch des Erzbischofs Csáky auf. Wie aus den Briefen des Edelmanns hervorgeht, war dieser Besuch kein Zufall und Károlyi wollte nicht nur „die Heilige Messe mitverfolgen“, sondern auch zwischen der Schule und der Stadt vermitteln. Als am 3. Oktober 1725 István Koháry in der Stadt Debrecen eine Stiftung zur Errichtung eines adeligen Konvikts (convictus) gründete, bedachte er nicht, dass dieses Vorhaben zwischen dem Piaristenorden und der Stadt einen Konflikt auslöst, der mehrere Jahre hindurch andauert. Der Orden erwarb nämlich die Liegenschaft von József Váry, aber dieses Rechtsgeschäft wurde von der Stadt nicht anerkannt.

---

cae Judiciaria, ab anno 1748 – 1756, Bd. 4, S. 590. (Sitzung vom 29. September 1753.)

<sup>10</sup> Ebd. sowie Ungarisches Nationalarchiv, Komitatsarchiv Hajdú-Bihar Debrecen, XV. 26. 3.

<sup>11</sup> Der Bischof wurde an seinem ersten Todestag, dem 28. August 1733, feierlich in der Gruft der damals noch nicht fertiggestellten Kirche beigesetzt. Seine Familie war in Oberungarn bekannt, deshalb wohnten zahlreiche Aristokraten und darunter auch Sándor Károlyi seiner Trauerfeier bei, die vom neuen Bischof István Luzsénzky zelebriert wurde. MÁLNÁSI, Ö. *Gróf Csáky Imre bíbornok élete és kora*. Kalocsa, 1933, S. 291–292.

<sup>12</sup> *Gróf Károlyi Sándor önéletírása. Első rész*. Hrsg. von L. Szalay. Pest, 1865, S. 293.

Im Oktober 1726 wies auch Imre Csáky den Ordenoberer der Piaristen, Elek Szolopnyai, darauf hin, dass es „zu unerwünschten Konflikten“ führen kann, wenn die katholischen Zöglinge in der Nähe des Reformierten Kollegiums untergebracht werden.<sup>13</sup> In diesem Fall holte der Erzbischof bestimmt bei Károlyi Rat, weil dieser in seinem Brief vom 18. März 1728 dem Erzbischof vorschlug, eine Entscheidung zu treffen, welche die Piaristenschule nicht negativ betrifft, aber gleichzeitig „die Herrschaften der Stadt von Debrecen auch nicht beleidigt... weil es besser und lobenswerter ist, friedlich einen Kompromiss zu finden und in seliger Harmonie zusammenzuleben, als Feindseligkeiten zu schüren, was für Eure Eminenz wohl auch als weise und richtig erscheinen mag.“<sup>14</sup> Wie seinem Brief vom 19. April zu entnehmen ist, wollte Károlyi während seines Besuchs einen Kompromiss zwischen der Stadt und der Piaristenschule aushandeln und bei seinen Gesprächen ging es darum, wo das geplante Konvikt errichtet werden soll. Die Piaristen wollten zu diesem Zweck nach wie vor ein Grundstück am Marktplatz bekommen, weil das sich „in der Mitte der Stadt“ befand. Das andere Grundstück, das die Stadt anbot, lag aber näher bei der Kirche.<sup>15</sup> Die Piaristen behaupteten hingegen, dass dieses andere Grundstück sumpfig sei, was Károlyi bezweifelte, denn „es gibt in der ganzen Stadt keine andere Straße, die so trocken wäre, wie diese, wo sich das Grundstück befand.“ Er wies noch darauf hin, dass dieses andere Grundstück auch nicht weit von der Stadtmitte liege, da es nur eine Straße davon entfernt sei. Károlyi stimmte vielmehr dem Stadtrichter zu, nach dem die erste Vorstellung den meisten Stadtbürgern „zutiefst missfiel und als äußerst unangebracht erscheint.“<sup>16</sup> Im Klartext hieß das, dass die Stadt das Vorhaben auf dem erstgenannten Grundstück nicht unterstützt, aber das Konvikt auf dem anderen Grundstück errichtet werden kann.

Nachdem der Landtag zwischen 1712 und 1715 Debrecen offiziell als Königliche Freistadt anerkannt hatte, mussten die protestantischen Stadtbürger wegen der Ungleichbehandlung der Konfessionen mehrere Unannehmlichkeiten hinnehmen. Zuerst wurde die in Leiden gedruckte Bibelübersetzung von György Komáromi

---

<sup>13</sup> Koháry spendete 23 600 Forint zu diesem Zweck. Auch Csáky wies darauf hin, dass das Haus am Marktplatz weit vom Ordenshaus der Piaristen entfernt sei. *Katolikusok Debrecenben 1715 – 2015*. Hrsg. von J. Takács. Debrecen, 2015, S. 38.

<sup>14</sup> Károlyis Brief aus Preßburg (ungarisch: Pozsony, heute Bratislava in der Slowakei) vom 18. März 1728. Károlyi-Briefe, Fasc. VII, Nr. 320, S. 58.

<sup>15</sup> Die Piaristen kauften am 25. April 1727 von Ferencz Székely Szabó auch das Grundstück, dass sich auf der Straße Szent Anna Straße, direkt an der Kirche befand. S. Anm. 13.

<sup>16</sup> Károlyis Brief aus Buda/Ofen vom 19. April 1728. Károlyi-Briefe, Fasc. VII, No. 320, S. 59. Da die Piaristen nicht nachgaben, schlug Károlyi Csáky vor, ihn in Wien zu besuchen und dann sich über eine sinnvolle und mögliche Lösung auszutauschen. Wahrscheinlich ist es zu diesem Besuch gekommen, weil das Problem nie wieder in der Korrespondenz zwischen den beiden auftaucht. Imre Csáky war kurz vor seinem Tod, im Jahr 1732 wieder in der Stadt unterwegs.

Csipkés beschlagnahmt und alle Exemplare gingen anschließend verloren. Nachdem der Wiener Hof verboten hatte, protestantische Bücher in das Land einzuführen, wurden die Bibeln, welche die Stadtbürger von Debrecen in den Niederlanden hatten drucken lassen, 1763 konfisziert und verbrannt.<sup>17</sup>

Die Forderungen der katholischen Stadtbürger waren Mitte des Jahrhunderts eindeutig im Einklang mit den Erwartungen der Königin und die Katholiken vor Ort konnten deshalb ihre Ansprüche auch dank mehreren konkreten Verordnungen der Königin geltend machen. Königin Maria Theresia verbot bereits 1750 „die Durchführung der Restauration ohne das königliche Mandat“. Mit dem Dekret, das am 16. Dezember 1751 verabschiedet wurde, ließ die Königin die Finanzierung der Kirche, des Kollegiums und der Druckerei aus öffentlichen Geldern nicht zu. Diese Entscheidung führte dazu, dass die Stadt und die reformierte/calvinistische Kirche, zwischen denen bis dahin eine offensichtliche Zusammenarbeit vorhanden war, nun gezwungen waren, getrennte Wege zu gehen.<sup>18</sup>

Nach 1751 führte der Wiener Hof Einschränkungen ein, wodurch die Schüler der reformierten/calvinistischen Kollegien weniger Möglichkeiten hatten, an ausländischen Universitäten zu studieren. Die Legation und die Supplikation wurden ebenfalls vom Hof verboten.<sup>19</sup> Die Stadt war trotzdem bemüht, die Schüler, die im Ausland studierten, finanziell zu unterstützen, obwohl es Zeiten gab – zum Beispiel während des Siebenjährigen Krieges –, als die Habsburger niemandem die Ausreise erlaubten, auch wenn die erforderlichen Genehmigungen vorlagen. Viele, die eine bedeutende Rolle in der Stadtgeschichte spielten, studierten an niederländischen oder schweizerischen Universitäten: György Maróthi, István Hatvani, István Wespri, Márton Domokos und sein Sohn, Lajos. Wespri und Miklós Sinai absolvierten auch Studienaufenthalte an englischen Universitäten.<sup>20</sup>

---

<sup>17</sup> DmRERL B10 Archivum Agentiale. Acta Religionaria Varia (1599), 1721 – 1824, Bd. I – VIII, (im Folgenden: B10), jetzt: Bd. III.

<sup>18</sup> Vorgeschrieben wurde außerdem, dass der sog. Volkstribun (tribunus plebis), ein Amtsträger, der als Vorsitzender des größeren Rats galt, nicht vom Rat gewählt werden darf. Weiterhin durften die Ratsmitglieder, d.h. die Abgeordneten die Verantwortung für wirtschaftliche Fragen nicht übernehmen, nur Mitglieder der Glaubensgemeinde (66 Personen) durften ein solches Amt bekleiden. Dadurch wurde der größere Rat wichtiger und selbstständiger, der Volkstribun wurde zugleich zum potenziellen Mitglied des Rats. Der Rat bestand ursprünglich aus 12 Geschworenen, aber auch der Volkstribun kehrte in den Rat zurück. S. BALOGH, I. A központi kormányzések és az autonómia ügye. In *Debrecen története*. Bd. 2, 1693 – 1849. Hrsg. von I. Rác. Debrecen, 1981, (im Folgenden: BALOGH, I. 1981), S. 160 – 163. Die Verordnung der Königin galt für sämtliche Städte, in denen die Reformierten die Mehrheit bildeten. Folglich führte diese Maßnahme zu einer Trennung zwischen der kirchlichen und städtischen Verwaltung.

<sup>19</sup> RÁCZ, I. *Protestáns patronátus – Debrecen város kegyurasága*. Debrecen, 2000, S. 91 – 92.

<sup>20</sup> BARCZA, J. 1988, S. 82 – 83.



Die konfessionellen Gegensätze wirkten sich auch auf die Zünfte ungünstig aus und deshalb stellten die städtischen Obrigkeiten am 14. Oktober 1761 einen Antrag, damit die Zunftmitglieder, die bestimmte Sonderrechte von der Königin erhalten, keine Verpflichtungen zu erfüllen haben, die ihrer Konfession nicht entsprechen. Protestantischen Handwerkern wurde nämlich in einer Klausel der Verleihungsurkunde von Privilegien vorgeschrieben, dass sie an katholischen Messen teilnehmen.<sup>21</sup>

Die Forderung nach einem höheren Anteil von Katholiken in dem Stadtrat wurde von den protestantischen Stadtbürgern als eine Ungerechtigkeit empfunden. Aus einem Brief, den Mihály Baranyai am 20. Januar 1731 an Pál Ráday schrieb, ist es zum Beispiel bekannt, dass sich die Stadtbürger an den König wenden wollten, weil der königliche Kommissar Baron Imre Sztáray in die Stadt kam und „seinen Kandidaten zum Senator zu ernennen drohte.“<sup>22</sup>

Als 1755 zwei Abgeordnete im Stadtrat und ein Mitglied in dem externen Rat fehlten, wurden drei Katholiken für diese Posten (ohne Wahlen) ernannt. 1768 und 1769 wurden auch weitere Personen auf ähnliche Art und Weise in ihre Ämter eingesetzt. 1774 gab es bereits sechs Abgeordnete (Senatoren), die nicht gewählt, sondern ernannt worden waren.<sup>23</sup> Die Stadtbürger setzten sich dem königlichen Willen entgegen: nur die katholischen Abgeordneten legten ihren Amtseid gegenüber der Königin ab, die protestantischen wehren sich dagegen und gingen nach den Wahlen nicht in die katholische Kirche. Später gab es neue Forderungen wie die Wahl eines katholischen Bürgermeisters, die Errichtung eines katholischen Krankenhauses und Armenhauses oder die Verpflichtung zur katholischen Erziehung von mittellosen Waisen. Aus diesem Grund wandten sich die protestantischen Abgeordneten und die gewählten Amtsträger der Kirchengemeinde an die Statthalterei, die Kammer und die Kanzlei. Wie dieses Gesuch beurteilt wurde, zeigt die Ernsthaftigkeit der Gegensätze. Die Königin schätze die meisten Einwände der Stadtbürger „vielmehr als Zeichen der Ungehorsamkeit als beherzigenswerte Empfehlungen“ ein. Weiterhin war die Königin davon überzeugt, dass ein höherer Anteil von Katholiken durch Wahlen nicht erreicht werden konnte (das war wahrscheinlich ein völlig logischer Schluss). 1775 wurde jedoch nicht nur der frühere Stadtrichter Lajos Domokos neugewählt, sondern auch der frühere katholische Senator János Fáy wurde zum Bürgermeister der Stadt, was dem Willen der Königin entsprach. Obwohl es

---

<sup>21</sup> DmRERL B10, Bd. III – IV.

<sup>22</sup> DmRERL C64-4c2-1, Korrespondenz von Pál Ráday I. nach 1711, 1711 – 1732, Brief Nr. 32., Der Brief von Mihály Baranyi vom 20. Januar 1731.

<sup>23</sup> BALOGH, I. 1981, S. 163 – 172. Als 1775 die Abgeordnetenwahl stattfand, legte die Königin erneut fest, dass sechs Katholiken für die Posten ohne Wahlen ernannt werden müssen.

eine Vorschrift war, gingen nicht alle Abgeordneten in die katholische Kirche, um dort ihren Diensteid abzulegen, sondern die protestantischen Abgeordneten legten ihren Eid im Rathaus ab, wie es damals üblich war. Nur der katholische Bürgermeister ging mit den katholischen Abgeordneten in die St.-Annen-Kirche.<sup>24</sup> Dass die Königin neben den gewählten Abgeordneten noch sechs Katholiken ernannte, wurde ebenfalls als eine ungerechte Maßnahme empfunden, was angesichts der niedrigen Anzahl der katholischen Stadtbürger völlig nachvollziehbar ist. (Zoltán Kováts, der die demographischen Entwicklungen untersuchte, nimmt an, dass im Zeitraum zwischen 1770 und 1779 Debrecen ungefähr 27 – 29 000 Einwohner hatte und der Anteil von Katholiken bei 3,3-3,4 % lag.<sup>25</sup>) Die Situation, die auf diese Art und Weise entstand, veranschaulicht die Herausforderungen, denen sich die reformierten/calvinistischen Abgeordneten der Stadt stellen mussten. Gleichzeitig zeigt die Situation, dass der Hof mit dem Ergebnis zufrieden war, das seine Maßnahmen erbracht hatten. Wenn einer der beiden städtischen Oberhäupter von den Katholiken gewählt wurde, war von vornherein garantiert, dass die Stadt in Zukunft nicht mehr so Stellung nehmen kann, als würde sie nur die reformierten/calvinistischen Stadtbürger vertreten.

Als 1778 die städtischen Abgeordnetenwahlen stattfanden, wurde jedoch klar, dass diese Aufstellung keine wahre Gleichbehandlung der Protestanten und Katholiken bedeutete: János Fáy, der frühere Bürgermeister wurde nach den Wahlen für die Gerichtsverwaltung und Lajos Domokos<sup>26</sup> für die Stadtverwaltung und die Finanzen zuständig. Die beiden übernahmen in diesem Sinne die früheren Aufgaben der anderen und alle Abgeordneten waren nun verpflichtet, ihren Amtseid in der katholischen Kirche abzulegen. In einem Tagebucheintrag aus diesem Zeitalter kann man die folgende Beschreibung lesen: „Alt und Jung im ganzen Volk weinen nun jämmerlich und bittere Tränen fließen, nachdem die Abgeordneten von innerhalb und außerhalb der Stadt gewählt worden waren, weil die alte schöne

---

<sup>24</sup> Der Apotheker Sámuel Kazai gehörte der reformierten Konfession an, trotzdem ging er in die katholische Kirche, weshalb er von seinen Zeitgenossen verachtet wurde. Das Domkapitel von Großwardein teilte dem Hof bald mit, was sich in Debrecen ereignete, aber es gab keine Gegenmaßnahmen. BALOGH, I. 1981, S. 173. Der Bürgermeister, der von nun an neben dem Stadtrichter als das Stadtoberhaupt galt, war gemäß den Vorschriften des Wiener Hofes für die Verwaltung und die Finanzen zuständig. Vorgeschrieben wurde, dass einer der beiden Amtsträger katholisch sein muss S. Ebd. S. 172.

<sup>25</sup> KOVÁTS, Z. A népesedési viszonyok. In *Debrecen története*, Bd. 2, 1693 – 1849. Hrsg. von I. Rácz. Debrecen, 1981, S. 32, 45.

<sup>26</sup> Das Ratsmitglied (consiliarius) Ferenc Rhédey, der zugleich der Schwager von Lajos Domokos war, spielte auch eine wichtige Rolle in der Superintendentur, denn er war der Hauptkurator. Mihály Bendek war der Notar, Ferenc Hunyadi bekleidete das Amt des Superintendenten. Der Briefwechsel zwischen Rhédey und Domokos vom 11. Juli 1795 berichtete davon, dass Ferenc Hunyadi gestorben war. Piskolt, TtREL I.8. Vegyes levelek, Rhédey Ferenc, Brief Nr. 58.

Freiheit kläglich untergeht und unsere Kirchengemeinde in Debrecen vollkommen zerfällt.<sup>27</sup>

Die ersten Jahre der Regierungszeit von Joseph II. erfüllten die reformierten Stadtbürger mit Hoffnung und Zuversicht. Aus diesem Grund verfassten „die Kuratoren und Superintendenten, die entweder das Augsburger oder das Helvetische Glaubensbekenntnis angenommen hatten“ am 28. Februar 1781 ein gemeinsames Schreiben, in dem sie sich bei dem Herrscher für seine Toleranzedikte bedankten, durch die ihre protestantischen Vorrechte aus dem Wiener und Linzer Frieden gewährleistet wurden. Natürlich wollten diese Würdenträger erreichen, dass der Herrscher die Einschränkungen der Rechte der Protestanten aufhebt.<sup>28</sup> Durch diese Edikte wurde der frühere Amtseid abgeschafft und die freie und öffentliche Ausübung der verschiedenen Religionen ermöglicht. Gleichzeitig konnten die protestantischen Kirchen Bethäuser und Kirchen errichten und die Superintendenten erhielten das Recht, die protestantischen Glaubensgemeinden zu überwachen. Die Geistlichen dankten dem Herrscher in diesem Schreiben also dafür, dass die reformierten und evangelischen Gemeinschaften nun ihre Religion im Alltag frei ausüben konnten.

1782 wollten die Protestanten, die das Augsburger Bekenntnis angenommen hatten, das Schuledikt des Herrschers ausführlich diskutieren und baten deshalb um ein Jahr, um in ihren Kirchengemeinden Debatten über die neuen Bestimmungen zu führen und eine entsprechende Stellungnahme vorzulegen. Gleichzeitig wollten die Protestanten auch eine Genehmigung für das Abhalten von Kirchtagen bekommen, weil die Katholiken – in Debrecen die Mitglieder des Domkapitels von Großwardein – die Protestanten mehrmals beschuldigt hatten, sich gegen den Herrscher zu verschwören bzw. sich bei ihren kirchlichen Versammlungen mit städtischen Angelegenheiten zu beschäftigen.<sup>29</sup>

Die Statthalterei lud die Gesandten des Kollegiums nach Preßburg zu einem Treffen ein, das am 1. März 1782 stattfinden sollte und in dessen Mittelpunkt die neue Bildungsreform stand. Zugleich forderte auch Graf Antal Károlyi die reformierten Stadtbürger in Debrecen auf, einen Gesandten nach Preßburg zu schicken.<sup>30</sup> Dieser letztgenannte Gesandte war wahrscheinlich Lajos Domokos, weil er in einem seiner Briefe der in Bildungsangelegenheiten zuständigen Kommission mitteilte, nicht rechtzeitig nach Preßburg reisen zu können.

---

<sup>27</sup> BALOGH, I. 1981, S. 175.

<sup>28</sup> DmRERL B10, Bd. VI.

<sup>29</sup> Ebd.

<sup>30</sup> DmRERL B10, Bd. V.

Die Sitzung der Kommission in Preßburg fand schließlich am 9. Mai 1782 statt. In dem Protokoll wurde festgehalten, dass der Herrscher beiden protestantischen Konfessionen wie beantragt ein Jahr Aufschub gewährt. Der Herrscher ließ außerdem die neuen Schulbücher verteilen, über die die Konfessionen dem Kommissionsvorsitzenden Gábor Prónay ein Gutachten abzugeben hatten.<sup>31</sup> Am 14. Mai gab es eine weitere Sitzung, in der beschlossen wurde, dass die reformierten Gesandten Informationen über den Zustand ihrer Schulen sammeln und István Vay übermitteln. Die Gesandten brachten ihren Wunsch zum Ausdruck, dass die Konfessionen das Recht auf die Ernennung der Schuldirektoren ausüben wollen. Darüber hinaus wollten die Gesandten erreichen, dass die Konfessionen eine eigene Druckerei betreiben dürfen und der in schulischen Angelegenheiten zuständigen Kommission das Recht auf die Zensur von Büchern erteilt wird.

Am 18. März 1783 ließ der Herrscher bereits zu, dass die evangelischen und reformierten Gesandten gemeinsam einen Vorschlag zur Einführung der Schulreform unter Berücksichtigung der konfessionellen Vorschriften erarbeiten.<sup>32</sup> In diesem Sinne berieten sich die Gesandten beider Konfessionen im Juni und unterbreiteten ihre Änderungsvorschläge.<sup>33</sup>

Der Brief, den Ferenc Darvas im August 1783 schrieb, lässt darauf schließen, dass die Gesandten die Vorstellungen des Herrschers mit Zuversicht beurteilten: „mit Herrn Baron Gábor Prónay legten wir seiner königlichen Hoheit unser Schreiben über die schulischen Angelegenheiten sowie über unsere Beschwerden vor. Als wir unserem Herrscher begegneten, war seine Majestät äußerst gutgelaunt und glücklich. Eine Dreiviertelstunde lang verhörte er uns und war dabei äußerst aufmerksam. Was die Schulen angeht, trugen wir unseren Wunsch vor, dass wir nicht gezwungen werden wollen, gegen die Vorschriften unserer Religion zu verstoßen, unsere guten Unterrichtsmethoden aufzugeben und Maßnahmen durchzuführen,

---

<sup>31</sup> Ebd. Gábor Prónay (1748 – 1811), der der evangelischen Konfession angehörte, wurde mit seinem Bruder László von Maria Theresia zum Baron ernannt. Der Bruder war unter der Regierungszeit von Joseph II. der Leiter des Schulbezirks von Preßburg und wurde 1787 zum Obergespann des Komitats Barsch und später des Komitats Gemer ernannt. 1810 wurde er zum Oberinspektor der ungarischen Schulen ernannt. Die Geschichte der Familie Prónay. Gábor Prónay ließ am Barockschloss der Familie in der Gemeinde Acsa eine eingeschossige Bibliothek erbauen, in der eine umfangreiche Büchersammlung und ein Archiv eingerichtet wurden. [online] [zit. 2017-9-14] [http://www.szepmagyarorszag.hu/magyar/oldal/acs\\_a\\_pronay\\_ujlak\\_kastely\\_gajavolgy/](http://www.szepmagyarorszag.hu/magyar/oldal/acs_a_pronay_ujlak_kastely_gajavolgy/). Baron Gábor Prónay, der für Bildungsfragen zuständig war, wurde 1785 Mitglied der Freimaurervereinigung von Neusohl (ungarisch: Besztercebánya, heute: Banksá Bystrica in der Slowakei). Nachdem diese Vereinigung aufgelöst worden war, traten die ehemaligen Mitglieder der Freimaurerloge Nagyszivűség in Pest bei. ABAFI, L. *A szabadkőművesség története Magyarországon* [online]. Budapest, 1896 [zit. 2018-07-06]. <https://book S. google.hu/books?isbn=6155180 873>.

<sup>32</sup> DmRERL B10, Bd. V.

<sup>33</sup> Ebd.

für die uns die Mittel fehlen. Vor allem baten wir ihn aber darum, dass unsere Schulen nicht von Katholiken übernommen werden, sondern dass wir sie nach wie vor alleine verwalten dürfen. Daraufhin erwiderte seine Majestät, dass seiner Meinung nach nichts dagegenspricht, alle Fächer außer Theologie unabhängig von der jeweiligen Konfession auf die gleiche Weise zu unterrichten. Religionslehre könnte demnach jeder so lernen, wie er will. Aus all seinen Worten konnte man erahnen, dass seine Majestät alle Schulen nach dem gleichen Prinzip behandeln will. Zwar behaupte ich nicht, dass wir die katholischen Schuldirektoren nicht loswerden können, aber ordentliche Direktoren für unsere Schulen haben wollen. Auch die katholischen Schulen sollten protestantische Schuldirektoren haben, so die Vorstellung seiner Majestät. In unserer Antwort darauf betonten wir, dass jene Schulen nie etwas zu befürchten hätten, auch wenn sie von protestantischen Direktoren geleitet würden. Unsere Situation ist aber anders. Er erwiderte: Sie haben Angst, meine Herrschaften, Sie haben Angst... Zum Schluss sagte er noch: ich will, dass alle gleichberechtigt sind, mehr können Sie sich, meine Herrschaften, auch nicht wünschen.“<sup>34</sup>

Nach dem Tod des Herrschers wurden in den 1790er Jahren die neuen Regeln festgelegt. Der Gesetzartikel Nr. 26 vom Jahr 1791 bekräftigte noch die Vorstellungen von Joseph II. und gewährte beiden protestantischen Konfessionen Glaubensfreiheit.

Im Hintergrund dieser Entscheidung stand auch, dass die Leiter der städtischen reformierten/calvinistischen Kirchengemeinde die Probleme<sup>35</sup> erkannten, über die der Superintendent des reformierten Kirchenbezirks jenseits der Theiß István Szathmári Paksi und weitere dreizehn leitende Pfarrer aus demselben Kirchenbezirk in ihrem Schreiben dem Herrscher berichten. Vor allem wandten die Protestanten in diesem Schreiben ein, dass die zuständigen Organe des Landtags diesseits

---

<sup>34</sup> TtREL I.8. Ferenc Darvas' Brief vom 8. August 1783 aus Wien über konfessionelle Konflikte. Ferenc Darvas war einer von den drei protestantischen Mitgliedern der Statthalterei, die zwei weiteren Mitglieder waren Baron József Podnamiczky und der evangelische József Vay. Marczali 1907. 61. Auch Ernő Taxner-Tóth hält Ferenc Darvas (1740 – 1810) für einen Politiker, der ein hohes Amt innehatte. S. TAXNER-TÓTH, E. Batsányi és a Martinovics-per. In *Kortárs* [online]. 2015, Ausgabe 5 [zit. 2018-07-06].. <http://www.kortaronline.hu/archivum/2015/05/arch-batsanyi-es-a-martinovics-per.htm>. Anm. 4. – Das Gedicht von Darvas Magyar! Hajnal hasad... (Ungar! Die Morgendämmerung kommt...) wurde 1790 in einer ungarischen Zeitschrift in Wien veröffentlicht, obwohl dessen Text bedrohlich erschien: „Ha rendbe téssz Királyt, Grófot, Bárót, Papot, / Akkor le mentével ditsérheted a' Napot.“ [Werden Könige, Grafen, Barone und Pfarrer erledigt,/ Dann kannst du wohl den Tag loben.]

<sup>35</sup> Anordnung des Superintendenten Szathmári mit dem Titel „Utasítása az esperesekhez és egyes lelkészekhez, hogy az iskolákról szóló hivatalos tudósításokat a római katolikus tanfelügyelőkhoz semmi szín alatt ne küldjék“ [Anordnung für die leitenden Pfarrer und alle Geistlichen darüber, dass sie den katholischen Schulinspektoren unter keinen Umständen Angaben machen sollen], 4. Februar 1789. In *Magyar Protestáns Egyházi és Iskolai Figyelmező*, 1873, S. 99.

und jenseits der Theiß in ihren Empfehlungen für den Einsatz von weltlichen Lehrkräften plädierten. Nach Einschätzung der protestantischen Pfarrer wäre das „ein Verstoß gegen die Heilige Schrift und gegen die bisherige Verwaltungspraxis der Kirchenpolitik“. Szathmári Paksi protestierte auch dagegen, dass Superintendenten das Recht entzogen worden war, Zensur zu verhängen und die Genehmigung zum Buchdruck im Bereich Religion und Schule zu erteilen, weil weltliche Akteure nun auch in diesem Kontext Rechte erworben hatten. Nach Szathmári Paksi sollten die schulischen Stiftungen und die Eheangelegenheiten nach wie vor zum Kompetenzbereich des vom Superintendenten geleiteten Konsistoriums gehören.<sup>36</sup> Miklós Sinai, der in Debrecen als Professor tätig war, verfolgte ähnliche Ziele, als er, der leitenden Pfarrer Dániel Házeli und der Richter am Ratsgericht des Kirchenbezirks, József Keresztesi, Gespräche mit dem Kanzler Graf Károly Pálffy führten.<sup>37</sup> Die Aufzeichnungen über die Kirchengeschichte der 1790er Jahre beweisen, dass Sinai mit mehreren Predigern aus den umliegenden Dörfern und Städten nach Buda/Ofen reiste, um dort an den Sitzungen des Landtags teilzunehmen. Sinai betrieb sich im Landtag auf die Vorrechte, welche noch die siebenbürgischen Fürsten der Stadt gewährt hatten, und er erhob Protest gegen die ungerecht empfundenen Maßnahmen, bevor der Gesetzartikel Nr. 26 vom Jahr 1791 vom Landtag angenom-

<sup>36</sup> Er setzte sich in allen Bereichen für die Rechte des Superintendenten ein und protestierte gegen jegliche Beteiligung von weltlichen Amtsträgern. Diese Beteiligung wurde dabei als nicht eindeutig positiv eingeschätzt. Die Vorschläge hatten für Miklós Sinai negative Konsequenzen. Aufzeichnung vom 1. Oktober 1790. DmRERL B10, Bd. VI. István Szathmári Paksi, der in Neumarkt am Mieresch (ungarisch: Marosvásárhely, heute: Târgu Mureș in Rumänien) geboren wurde, wurde 1785 zum reformierten Bischof gewählt. ZOVÁNYI, J. *Magyarországi protestáns egyháztörténeti lexikon* [online]. Hrsg. von S. Ladányi. Budapest, 1977 [zit. 2018-07-06]. <http://digit.drk.hu/?m=lib&book=3&p=2711>.

<sup>37</sup> Vom 5. Oktober 1790, DmRERL B10, Bd. VI. Sinai, der an ausländischen Universitäten studiert hatte und nicht nur lateinisch, sondern auch griechisch, deutsch und französisch sprach, wurde 1791 für kurze Zeit (sechseinhalb Monate) zum Bischof ernannt. Er musste aber auf sein Amt verzichten, weil er die weltlichen Amtsträger in der Kirchenverwaltung zurückdrängen wollte. So wurde 1791 der frühere Notar Ferenc Hunyadi mit 224 kirchlichen und 201 weltlichen Stimmen zum Bischof gewählt (1791 – 1795). Sinai wurde auch seine Professur entzogen. Seine Kirchengeschichte mit dem Titel *Historia ecclesiastica* versammelt umfangreiche Quellendokumente und ist als Manuskript erhalten geblieben (an vielen Orten zerstreut und in der Teleki-Bibliothek in Neumarkt am Mieresch in einem Band.) Ein Teil dieser Arbeit wurde 1911 in Übersetzung veröffentlicht. Sinai nahm an den Sitzungen des Landtags von 1790 – 1791 in Buda/Ofen teil und setzte sich dort für die Interessen des Reformierten Kollegiums ein. SZINNYEI, J. *Magyar írók élete és munkái* [online]. Budapest 1896 – 1900 [zit. 2017-09-25]. <https://www.arcanum.hu/hu/online-kiadvanyok/Lexikonok-magyar-irok-elete-es-munkai-szinnyei-jozsef-7891B/s-A6233/sinai-miklos-A9899/>. Über das Reformationsbild von Miklós Sinai (1730-1808) hielt István Szabadi zuletzt einen ausführlichen Vortrag im Mai 2017 im Rahmen der wissenschaftlichen Tagung, die im Reformierten Kollegium Debrecen mit dem Titel „A reformáció emlékezete a kora újkori Magyarországon“ veranstaltet wurde. In diesem Beitrag wurde entgegen gängigen Vorstellungen gezeigt, dass Sinai im Hinblick auf das 16. Jahrhundert eine grundsätzlich richtige Darstellung der Kirchengeschichte vorlegte und auch dem europäischen wissenschaftlichen Niveau seiner Zeit entsprach. [online] [zit. 2017-09-25]. <https://mtabtk.videotorium.hu/hu/recordings/16766/sinai-miklos-reformaciokepe>.

men wurde. Das an den Herrscher gerichtete Schreiben hängt in diesem Sinne mit Sinais Reise und mit den Vorstellungen des Bischofs zusammen. Diese Vorstellungen prägten maßgeblich die Bestimmungen des berühmten Artikels Nr. 26. In dem Artikel wurde aufbauend auf dem Frieden von Wien und Linz die Glaubensfreiheit von beiden protestantischen Konfessionen anerkannt. Folglich erhielten auch Protestanten das Recht, ohne Einschränkungen Kirchen, Schulen und Friedhöfe zu haben.<sup>38</sup> Es wurde nicht mehr als eine strafbare Handlung eingestuft, wenn jemand zum Protestantismus konvertierte. Die Kinder aus konfessionsverschiedenen Ehen sollten je nach Geschlecht im Sinne der Konfession des betreffenden Eltern teils erzogen werden, wobei auch eine andere Vereinbarung weiterhin möglich war. Protestantische Amtsträger wurden von der Eidespflicht befreit und mussten nicht mehr auf die Jungfrau Maria und die Heiligen schwören. In religiösen Angelegenheiten konnte sich nun jeder an die zuständigen Behörden und Einrichtungen der eigenen Konfession wenden. Außerdem wurde es allen Konfessionen erlaubt, den Unterricht in ihren Schulen nach eigenem Ermessen zu gestalten, Bücher zu veröffentlichen und ausländische Akademien zu besuchen.<sup>39</sup>

Franz I. setzte jedoch diese Politik nicht fort und bot Protestanten keine solchen Möglichkeiten mehr. Die Religionsgesetze vom Jahr 1791 signalisierten einen Kurswechsel, indem dadurch strengere Maßnahmen eingeführt wurden. Der Antrag, den die ungarischen Protestanten im Januar 1793 stellten und in dem sie ihre Beschwerden darlegten, war in diesem Sinne eine Reaktion nicht auf die geplanten, sondern auf die bereits durchgeführten Maßnahmen. Bei interkonfessionellen Ehen verlangte nun die katholische Kirche eindeutig eine schriftliche Erklärung darüber, welcher Konfession die Kinder aus der Ehe angehören werden, und verbot ihren Gläubigen, dass sie zum Protestantismus konvertieren. Wenn sich jemand trotzdem für den Übertritt in die protestantische Kirche entschied, so verhängte die Statthalterei im Falle von Adeligen eine Geldstrafe und im Falle von Stadtbürgern von nicht-adeliger Herkunft eine Haftstrafe. Die Statthalterei stufte ebenfalls als eine strafbare Handlung ein, wenn jemand einem Katholiken ein protestantisches Buch empfahl. Diesbezüglich wurde eindeutig nachgewiesen, dass solche Maßnahmen gegen die Bestimmungen des Gesetzartikels Nr. 26 vom Jahr 1791 verstoßen – aber die entsprechenden Maßnahmen blieben aus.<sup>40</sup> Aus diesem Grund wandte sich József Teleki 1796 im Namen der ungarischen Protestanten an den König und bat ihn um seine Unterstützung. Der König versicherte daraufhin sowohl Teleki als

---

<sup>38</sup> TÓTH, F. 1812, S. 200 – 201.

<sup>39</sup> DmRERL B10, Bd. VIII.

<sup>40</sup> Ebd.

auch die Protestanten, dass die Statthalterei diese Maßnahmen, die sich gegen die Protestanten richteten, ohne sein Wissen beschloss.

Dieses letztgenannte Beispiel lässt auch erkennen, dass die Probleme und die Beschwerden der Stadtbürger am Ende des Jahrhunderts nicht mehr damit zu erklären sind, dass Stadtbürger ihre Vorrechte geltend machen wollten. Vielmehr ging es darum, dass diese Konflikte nun im Kontext der Streitigkeiten zwischen der reformierten/calvinistischen und der evangelischen Konfessionen ausgetragen wurden und deshalb eine landesweite Relevanz hatten.

### **NÁBOŽENSKÉ PROTIKLADY V DEBERCÍNE V 18. STOROČÍ**

Debrecín sa prvýkrát dostal do konfliktu s vedúcimi predstaviteľmi katolíckej cirkvi po získaní titulu slobodného kráľovského mesta (1693). Delegát varadínskej kapituly a varadínsky biskup Imrich Csáky si na sneme v rokoch 1712 – 1715 dal za podmienku uznanie titulu slobodného kráľovského mesta Debrecín, že sa do mesta nasťahujú katolíci, budú tam môcť bývať, postaviť si školu a kostol. Za bo-hatej podpory Imricha Csákyho si stavbu kostola a riadenie školy pod svoju kontro-lu zobrali piaristi. Katolícky kostol bol postavený v roku 1746 a vysvätený varadín-skym biskupom Mikulášom Csákym. Panovníčka Mária Terézia počas svojej vlády viackrát zasiahla proti reformovaným obyvateľom mesta. Zakázala podporu mesta reformovanej cirkvi, tlačiarňi a kollégii, reformovaným študentom prostredníc-tvom pasovej povinnosti sťažila a počas sedemročnej vojny dokonca zastavila ces-tovanie na zahraničné univerzity. Hoci katolíci predstavovali iba 3,4 % obyvateľstva mesta, v roku 1776 dosiahla, aby polovicu z 12-člennej mestskej rady tvorili práve katolíci, ktorí neboli volení, ale menovaní. Ku richtárovi, ktorému ostala len sud-covská kompetencia, na správu finančných a správnych záležitostí nariadila voľbu starostov, pričom jeden z nich musel byť katolík. Po vydaní Tolernačného patentu Jozefom II. nastali pozitívne vyhliadky na reprezentáciu protestantských záujmov a táto tendencia pretrvala aj po vydaní 26. článku zákona z roku 1791. Na sneme práve v rozprave týkajúcej sa spomínaného zákona zohrali obyvatelia Debrecí-na i okolitých reformovaných miest významnú úlohu. Vyššie spomínaná situácia ukazuje, že ku koncu storočia problémy a sťažnosti Derecínčanov sa stali dôležitou zložkou celokrajinských konfliktov reformovaných a evanjelikov.



## VALLÁSI ELLENTÉTEK DEBRECENBEN A 18. SZÁZADBAN

Debrecen a szabad királyi városi cím megszerzése (1693) után került először konfliktusba a katolikus egyház vezetőivel. Az 1712 – 1715. évi országgyűlésen a váradi káptalan követe és Csáky Imre váradi püspök is a szabad királyi városi cím elismerése előfeltételének tekintette a katolikusok beköltözését és a katolikus templom és iskola építésének és működésének lehetőségét. Csáky Imre püspök hatékony támogatása nyomán a templomépítést és az iskola irányítását a piaristák vették át. A katolikus templom 1746-ra felépült, s Csáky Miklós váradi püspök által felszentelésre került. Mária Terézia uralkodóként több területen okozott sérelmet a város református népességének. Megtiltotta a református egyház, a nyomda és a kollégium városi pénzből való támogatását, korlátozta, útlevelhez kötötte, s a hétéves háború idején teljesen leállította a diákok külföldi egyetemre járását. Bár a katolikus népesség csak a város lakosságának 3,4%-át jelentette, 1776-ra elérte, hogy a 12 tagú tanács fele választás nélkül, kinevezéssel legyen katolikusként tagja a testületnek. A főbíró mellé (akinek csak bíraskodási joga maradt meg) a pénzügyek és az igazgatás irányítására polgármester választását írta elő, s a két vezető egyikének katolikusnak kellett lennie. II. József idején a tolerancia rendelet nyomán kedvező kilátások nyíltak a protestáns érdekek képviselőire, s ez a tendencia még az 1791. évi 26. törvénycikk kiadásával is folytatódott. Az országgyűlésen a törvény vitájában a debreceni és környékbeli reformátusok komoly szerepet vállaltak. A fenti helyzet azt mutatja, hogy a század végére a debreceniek problémái és panaszai már a reformátusok és evangélikusok országos konfliktusainak fontos összetevőivé váltak.